

Die Proteste gegen das "Stahlhelm"-Bundestreffen in Celle 1983

Seit über 20 Jahren ist Antifaschismus das präsenteste Thema neuer sozialer Bewegungen in Celle; über die Jahre gesehen sind die unterschiedlichen AntiFa-Gruppen einer der wichtigsten Orte "linker" politischer Sozialisation geworden. Die Proteste gegen das Bundestreffen des "Stahlhelm - Kampfbund für Europas" im Juni 1983 markierten dabei den Beginn einer auf lokaler Ebene intensiven Auseinandersetzung mit neuen und alten Nazis.

In den 1960er und auch noch in den 1970er Jahren wäre die Bundestagung einer rechtsextremistischen Organisation wie des "Stahlhelm" wahrscheinlich überall in der Bundesrepublik ohne größere Proteste über die Bühne gegangen. (Ausnahme war ein 1955 in Goslar stattfindendes Treffen des "Stahlhelm", bei dem es zu Protesten und anschließenden Prozessen gegen einige der protestierenden AntifaschistInnen kam.) Die Treffen so genannter Traditionsverbände gehörten - ungeachtet ihrer ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus - zum tolerierten postfaschistischen Alltag der Bundesrepublik. Zwar gab es immer wieder Proteste gegen die NPD. So hatte am 16. Juni 1979 in Frankfurt das erste Rock gegen Rechts-Festival als Antwort auf ein "Deutschlandtreffen" der Partei stattgefunden, wobei sich 40.000 Menschen auch über ein Demonstrationsverbot hinwegsetzten und gegen Nazis auf die Straße gingen. Für den 1951 wiedergegründeten "Stahlhelm" war es dann aber doch überraschend, sich gerade in Celle intensiv und mit überregionalem Wellenschlag der Kritik ausgesetzt zu sehen.

Über Kontakte zur SPD-Ratsfraktion war der Redaktion

der Alternativzeitschrift "Celler Zündel" (1981-1986) im April zu Ohren gekommen, dass die Stadtverwaltung die Städtische Union vom 16. - 18. Juni an den "Stahlhelm" vergeben hatte oder wollte. Da zum 50. Jahrestag der "Machtübernahme" durch die NSDAP eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden und die Redaktion ein Sonderheft zu diesem Jahrestag herausgebracht hatte, klingelten beim Namen "Stahlhelm" zunächst mal alle Alarmglocken. Im Mai-Heft wurde über die beabsichtigte Tagung berichtet, wobei der Artikel gewisse Einordnungsprobleme offenbart. Eine breite antifaschistische Recherchearbeit, wie sie sich heute in diversen Handbüchern zum Rechtsextremismus dokumentiert, gab es noch nicht. So bezieht sich der Artikel zum einen auf die Rolle des "Stahlhelm" der Weimarer Republik, der als Teil der so genannten "Harzburger Front" aus NSDAP, Deutsch-Nationaler Volkspartei und eben "Stahlhelm" entscheidend zum Aufstieg der Hitlerpartei beigetragen hatte. Der "neue" Stahlhelm stelle sich, so die Argumentation, unzweifelhaft in diese Tradition. Zum anderen wurde auf die personellen Verbindungen führender Stahlhelm-Funktionäre zur DVU des Verlegers der "Deutschen National-Zeitung", Gerhard Frey, verwiesen. (Zündel 05-83, S. 8-9.)

Bei einem Bündnistreffen, zu dem die Celler Friedensinitiative noch Ende April eingeladen hatte, wurde beschlossen, mit Veranstaltungen und einer Demonstration auf die "Stahlhelm-Bundestagung" in Celle zu reagieren. Das Bündnis umfasste schließlich neben dem DGB und den Parteien SPD, Grüne, DKP auch alle Initiativen aus dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen. Der DGB-Kreis Celle und andere Organisationen appellierten in Schreiben an die Stadt Celle, das Treffen zu verhindern. (CZ, 05.04.1983)

Doch der seinerzeitige Oberstadtdirektor, Ulrich von Witten (1977-1989), wie auch Oberbürgermeister Helmuth Hörstmann (1973-1986) und die CDU-Fraktion sahen hierzu keine Veranlassung. Im Gegenteil: Es wurde bekannt, dass die Vergabe der Räume mit von Wittens Wissen und Genehmigung zustande gekommen war und dass der oberste Repräsentant der Stadt beabsichtigte, ein Grußwort zu spre-

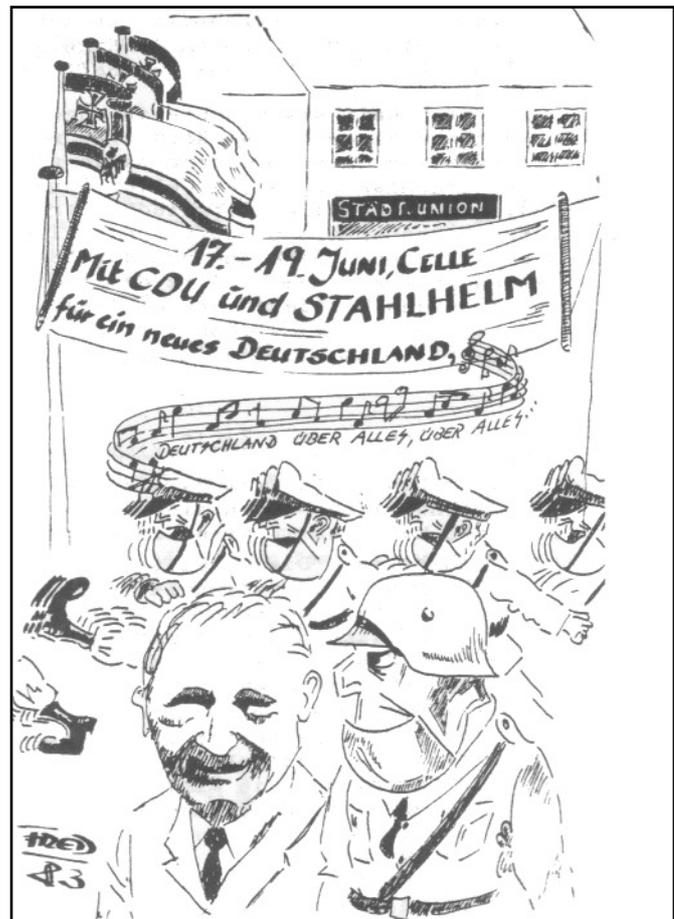


chen. Diese "politische Instinktlosigkeit" - so SPD-Fraktionschef Klaus Meier - machte die Angelegenheit dann aber auch für überregionale Medien interessant.

Im Verwaltungsausschuss des Stadtrats lehnten Mitte Mai die Mitglieder von CDU, FDP und Wählergemeinschaft mit acht gegen drei Stimmen einen Antrag der SPD-Fraktion ab, der sich gegen eine Vergabe der Räume an den "Stahlhelm" wandte. Zur Begründung wurde angeführt, dass beim Niedersächsischen Innenministerium keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Organisation vorlägen. Nach Klärung der Frage der Verfassungsmäßigkeit sei es im übrigen geradezu die Pflicht des Gastgebers, Grußworte zu sprechen und die Gäste willkommen zu heißen. (CZ, 18.05.1983)

Auf den Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung schloss sich in den nächsten Wochen eine kontroverse Diskussion an, die insbesondere die Motive der "Stahlhelm"-Befürworter enthüllte. Der ehemalige Oberkreisdirektor (und "Ritterkreuzträger", was der breiten Öffentlichkeit seinerzeit aber nicht bekannt war) Axel Bruns stellte dem historischen "Stahlhelm" einen Persilschein aus, indem er u.a. darauf verwies, dass der neben Franz Seldte zweite Bundesführer Theodor Dusterberg dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden habe. (Dass mit Seldte ein getreuer Diener des Führers 1951 den "Stahlhelm" wieder aus der Taufe hob, erwähnte Bruns selbstverständlich nicht.) Interessant ist ein Satz, der die "Erlebnisgeneration" mit einer besonderen Aura auszustatten sucht: "Es werden sich sicher in Celle noch genügend Bürger finden, die die damalige Zeit hier erlebt und nicht nur durch eine >rosarote Brille< gesehen haben." (CZ, 14.05.1983) Mit Dr. L. Klatt (einem notorischen Leserbriefschreiber jener Zeit) meldete sich sogleich auch ein "damaliger Angehöriger des Wehrstahlhelms" zu Wort: "Die Verbindung, die die Kritiker dieses Treffens mit dem Nationalsozialismus herbeizureden versuchen, ist gerade der Maßstab, der alle geschichtlichen Zusammenhänge ignoriert und das nach der Umerziehung geschaffene Bild des Deutschen auf die damalige Zeit anwendet. Dabei wird völlig übersehen, daß der aus dem Fronterlebnis der Kameradschaft geborene Stahlhelm maßgeblich an der Überwindung der Klassengegensätze beteiligt war und vorbildlich an einer Volksgemeinschaft arbeitete, der wir heute mehr denn je bedürfen." (CZ, 20.05.1982) Die "Ehre" seines Vaters wollte ein anderer, uns heute noch beegnender Leserbriefschreiber, nämlich Hans-Erich Freiherr v. Bodenhausen, verteidigen: "Die Grundidee des Stahlhelmers war mit der des Nationalsozialisten nicht übereinstimmend." (CZ, 28.05.1983) Ein anderer "von", nämlich Werner Graf von Bernstorff ergänzte: "Einen Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung hat es im >Stahlhelm< nicht gegeben, nach arischer Abstammung wurde bei der Mitgliedschaft nicht gefragt." (CZ, 08.06.1983)

Es ist verblüffend, wie diese "Erlebnisgeneration" in plumper Weise historische Tatbestände leugnet, wie etwa die Einführung eines Arierparagraphen in die Satzung des "Stahlhelm" im März 1924. Auf der historischen Ebene gab es von anderen Leserbriefschreibern wie etwa dem SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Riege oder Dirk Leune vom GEW-Vorstand faktenreiche Gendarstellungen. Letzterer



Natürlich Herr OB, auch wir marschieren für die geistig-moralische Wende!

Karikatur aus dem Celler Zündel; der Satz: "Natürlich, Herr OB, auch wir marschieren für die geistig-moralische Wende" bezieht sich auf die Regierungserklärung Kohls nach seiner Wiederwahl 1983.

zitiert aus einem Buch "15 Jahre Stahlhelm in Niedersachsen" (Lüchow 1936): "24. Februar 1924: Die Ortsgruppe Celle schickt ein Unterstützungstelegramm an General Ludendorf, der wegen Beteiligung am Münchener Hitler-Putsch vor Gericht steht. - 16. März 1934: Eine >Stahlhelm<-Gauführertagung beschließt in Magdeburg den Ausschluß aller Juden. 1931: Eine Wahlveranstaltung des NS-Gauleiters Telschow in Wietze wird vom >Stahlhelm< abgeschirmt und geschützt. - 1. Mai 1931: In Wietze werden von Stahlhelmmännern zwei Hakenkreuzfahnen gehißt. ... Es könnte noch mehr beschrieben und detaillierter zitiert werden, doch schon diese fünf Punkte lassen erkennen, daß der >Stahlhelm< aktiv antisemitisch war, die Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten vor und nach dem 30. Januar 1933 suchte und der Weimarer Verfassung feindlich gegenüberstand." (CZ, 28.05.1983)

Einen nicht unerheblichen Stellenwert in der öffentlichen Auseinandersetzung gewann eine parlamentarische Anfrage des frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN,

Julius Krizsan; der Persilschein, den das niedersächsische Innenministerium dem "Stahlhelm" ausgestellt hatte ("er leide unter Vergreisung"), wurde in Teilen ad absurdum geführt. Der parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (CSU) teilte mit, dass bei der Bundesführung des Verbandes "bisher extremistische Tendenzen nicht erkennbar geworden" seien, der Landesverband Rheinland-Pfalz aber "rechtsextremistisches, insbesondere rassistisches und antisemitisches Gedankengut" vertrete und "enge Kontakte zu NPD und neonazistischen Gruppen" pflegen würde. (Zündel. 6-7/83, S. 5)

Im Vorfeld der Tagung veranstaltete das Gegen-Bündnis eine Podiumsdiskussion mit dem WDR-Redakteur Wolfgang Kapust als Diskussionsleiter, Gertrud Schröter (VVN), Franz Awisus (SPD), Julius Krizsan (Grüne) und Aloys Kleene (Alternative Grüne Liste). Im "Le Bistro" wurden auch die Gegenaktivitäten diskutiert, wobei sich schon abzeichnete, dass ein Teil des Bündnisses direkten Aktionen aus dem Weg gehen wollte. (CZ, 10.06.1983)

Die Cellesche Zeitung hatte sowohl den Gegnern wie den Befürwortern viel Platz eingeräumt, um schließlich aber vor dem antifaschistischen Spektrum zu warnen: "So lange eine Vereinigung, eine Partei oder eine Organisation nicht verboten ist, muß es ihr gestattet sein Versammlungen durchzuführen, sich darzustellen und für ihre Ziele zu werben. Genau so aber muß es den Gegnern - egal auf welcher Seite unseres politischen Spektrums beide Seiten angesiedelt sind - erlaubt sein, gegen eben solche Versammlungen zu demonstrieren. Entscheidend aber dabei ist, daß dies alles ohne Gewalt passiert. Wo Wände beschmiert werden, eventuell sogar Steine fliegen, hört das Recht auf Demonstration auf, muß Polizei einschreiten, um das Recht auf gewaltfreie Demonstrationen zu sichern. Hoffen wir, daß in den nächsten Tagen die Vernunft die Oberhand behält. Hoffen wir, daß die Gewalt vor den Toren unserer Stadt bleibt. - Jan Klugkist." (CZ, 16.06.1983)

Am Vorabend des "Stahlhelm"-Treffens hatte der DGB zu einer Versammlung in der Städtischen Union aufgerufen, zu der rund 700 TeilnehmerInnen kamen. Der DGB-Vorsitzende Heinz Hochgraefe beendete sein Eingangsstatement mit der Feststellung, "daß unsere Demokratie auch ohne Treffen von Soldatenvereinigungen funktioniert, die Steigbügelhalter des



"Besetzte" Bühne in der Union bei der DGB-Veranstaltung

Faschismus waren". (CZ, 18.06.1983)

Am Ende der Veranstaltung erklärten etwa 100 Mitglieder autonomer antifaschistischer Gruppen aus Celle, Hannover, Göttingen, Hamburg und anderen Städten den Saal für besetzt, da dies die einzige wirkungsvolle Aktion gegen das Stahlhelmtreffen darstelle. Nach langem hin und her wurden sie von DGB- und BündnisvertreterInnen und der "ersten Aufforderung" der Polizei zum Abbruch der Aktion "genötigt". Dank mitgebrachter Buttersäure-"Bomben" roch es immerhin anschließend nicht mehr so frisch in der Union - und ob die Wandparolen wie "Nazis raus aus Celle" und "Kein 'Stahlhelm'-Treffen in Celle" bis zum kommenden Tag schon beseitigt waren, ist unbekannt.

Bei der von der Friedensinitiative angemeldeten Demonstration zogen am Samstag rund 600 TeilnehmerInnen vom damaligen "Haus der Jugend" (heute "Bolero") zum "Großen Plan". Dort sprachen als Vertreter der Celler Friedensinitiative Franz Awisus (SPD), der den Oberbürgermeister zum Rücktritt aufforderte, der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Julius Krizsan, der auf alt- und neofaschistische Tendenzen im Landkreis Celle hinwies, und der Landesverbandsvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Hamburg, Herbert Baade. Parallel zur Demonstration hatten sich bereits knapp 100 autonome AntifaschistInnen an der Städtischen Union versammelt, um den Tagungsteilnehmern den Zutritt in die Räume zu verwehren. Die Polizei, die mit rund 750 Mann vor Ort war, setzte kurz einen Wasserwerfer ein, um den eintreffenden Mitgliedern des "Stahlhelm" den Weg freizumachen. Die Scheibe eines belgischen Busses wurde zerschlagen, als dieser auf den Parkplatz der Union einbiegen wollte. Einzelne Tagungsbesucher wurden mit Farbbeuteln beworfen.

Nach der Abschlusskundgebung auf dem Großen Plan ging etwa die Hälfte der TeilnehmerInnen auch vor die Union. Eine Sprecherin der Alternativen Grünen Liste hatte hierzu aufgefordert: "Demonstrationen und Protesterklärungen dienen ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit und der Beeinflussung politischer Entscheidungen. Damit sind faschistische Aktivitäten nicht zu verhindern, solange sie durch politisch Verantwortliche und die Polizei geschützt werden. (...) Wenn sich die Faschisten jetzt ungestört entfalten können, ist es bis zu einem neuen 1933 nicht mehr weit. Antifaschistischer Widerstand muss das Ziel haben, jegliche Aktivitäten der Nazis zu verhindern." Am Ende der den ganzen Nachmittag andauernden "Belagerung" gab es erhebliche Polizeiübergriffe, die zu Festnahmen und Verletzungen unter den Demonstrierenden führten. Die CZ wettete anschließend gegen die "zugereisten Chaoten, denen es nicht um die Sache, sondern um Krawall" gegangen sei, und stellte fest: "Die Gewalt kam von außen." (CZ, 20.06.1983)

Aber: Angesichts der Präsenz des Protest rollten die rund 250 "Stahlhelmer" am Sonntag resignierend ihre Fahnen ein und verließen Celle, ohne einen eigentlich geplanten Marsch zur öffentlichen Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal vor dem Schloss durchzuführen. (Am Montag nach dem



Offizieller Anstecker für Teilnehmer der "Stahlhelm"-Tagung

Ratsfraktionen der CDU, FDP und WG - die 70 % der Bevölkerung vertreten - sowie der Verwaltung unserer Stadt hier herzlich willkommen heißen. Ich freue mich sehr, dass diese Tagung trotz aller Widrigkeiten hier stattfindet. Was wir in den letzten Wochen und Tagen in Celle an Verhetzung, Intoleranz und Zwangsdrohungen erfahren mußten, haben wir in dieser Stadt bisher nicht erlebt. Bereits im April haben kommunistische, verfassungsfeindliche Gruppen das Startsignal zum Angriff auf diese Veranstaltung gegeben. (...) Daher passen so recht die Worte des Mottos für Ihre diesjährige Tagung, der Wahlspruch Hindenburgs: >Die Treue ist das Mark der Ehre!< Es folgt im Redetext eine 1919 von Albert Matthäi verfasste vierte Strophe des "Deutschlandlieds": "Deutschland, Deutschland über alles, / Und im Unglück nun erst recht; / Erst im Unglück wird sich zeigen, / Ob die Liebe stark und echt! / Und so soll es weiterklingen / Von Geschlechte zu Geschlecht: / Deutschland, Deutschland über alles / Und im Unglück nun erst recht." Diese so genannte "Trutzstrophe" ist nach wie vor ein bei Neofaschisten beliebter Text.

Mit seiner Überzeugung, für 70 Prozent der Celler zu sprechen, lag Hörstmann allerdings daneben. Erstmals hatten sich im Zusammenhang mit dem "Stahlhelm"-Bundestreffen deutlich wahrnehmbare Risse im bürgerlichen Lager gezeigt. Insbesondere das Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und der CDU war brüchig geworden. Der seinerzeitige Superintendent, Bodo Wiedemann, hatte sich kritisch geäußert, was der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Herbert Severin postwendend als "unzulässige Einmischung in die Politik" abqualifizierte. (CZ, 14.06.1983) Hörstmann selbst sah sich im Herbst des Jahres sogar veranlasst, aus der Ev. Kirche auszutreten und statt der Kirchensteuer einen freiwilligen Beitrag an Rudolf Strauss' Freikirchliche Gemeinde in der Hannoverschen Straße zu zahlen. Drei Jahre später traute dann auch die CDU dem dann schon 76-Jährigen nicht mehr zu, die Stadt weiterhin zu repräsentieren - der parteiinternen Kritik zum Trotz ließ sich Hörstmann zwar im Herbst 1986 noch einmal zum Oberbürgermeister wählen, nahm dann aber die Wahl nicht an.

Das liberale, bildungsbürgerliche Milieu der Stadt war von Hörstmann, von der Witten und den Spitzen der CDU in

Bundestreffen legten "Stahlhelm"-Mitglieder klammheimlich einen Kranz am Grab des Generalfeldmarschalls von Mackensen auf dem Stadtfriedhof ab.)

Wenig Einsicht zeigten bis zuletzt die obersten Repräsentanten der Stadt. Zwar hatte der Oberbürgermeister schließlich darauf verzichtet, sein Grußwort persönlich zu halten, aber er ließ es verlesen. Nur ein kleiner Ausschnitt: "Ich darf Sie im Namen der

scharfer Weise angegangen worden, was eine dauerhafte "Entfremdung" verursachte. Hörstmann etwa hatte ein Protestschreiben des Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Joachim Piper, u.a. mit folgenden Sätzen beantwortet: "Ich weiß sehr wohl, mit welchen Mitteln hier in Celle die Kampagne gegen die Stahlhelmveranstaltung aus einer verfassungsfeindlichen, linksradikalen Ecke heraus betrieben wird. Mein Eindruck ist, daß hier Material von der ostberliner Abteilung für >Desinformation< aufbereitet wird. ... Ich halte den Satz in Ihrer Unterschriftenliste, daß die in Ihrer >Gesellschaft< vereinigten Christen den Geist der Intoleranz verabscheuen, für heuchlerisch, weil nach allem Sie und die Mitglieder, die die Liste unterschrieben haben, intolerant sind. Sie bauen nämlich einen >Popanz< auf, den Sie bekämpfen wollen. Gerade Sie verunsichern dadurch bewußt unsere jüdischen Mitbürger. Ob das alles sehr christlich ist, lasse ich dahingestellt." (zit. nach: Zündel, 08-83, S. 9-10)

Im Lager der Gegner konnte man auf eine für Celler Verhältnisse intensiv geführte und in Teilen erfolgreiche Kampagne zurückblicken. Trotzdem kam es zu Differenzen, weil einigen Gruppen die Wahl der Mittel anderer zu militant erschien, und jenen die Ebene rein symbolischer Politik und einer Rhetorik der Rücktrittsforderungen zu harmlos. Einen unrühmlichen Akzent setzte dabei der DGB-Kreisvorsitzende Hochgraefe, als er öffentlich von der Celler Friedensinitiative (CFI) verlangte, sich von der Besetzungsaktion in der Union zu distanzieren - obwohl die CFI weder zur Besetzung aufgerufen noch sie unterstützt hatte. (Zündel. 08-83, S. 8-9)

Angesichts der bundesweiten Aufmerksamkeit war es für den "Stahlhelm" die letzte große öffentliche Tagung; der Verband war als "rechtsextremistisch" geoutet und diskreditiert. Teile des Verbandes im niedersächsischen Jork (bei Stade) und in Rheinlad-Pfalz entwickelten sich in den 1990er Jahren zu einer neofaschistischen Wehrsportgruppe. Auf eine "Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS vom 12.07.1999" antwortete die Bundesregierung u.a.: ">Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten - Kampfbund für Europa< ist eine rechtsextremistische Gruppierung, deren ideologische Ausrichtung insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt ist." (Antwort des Bundesministerium des Innern vom 06.08.1999 BT-Drucksache 14/1446) Im Juni 2000 leitete der Bundesverband als Konsequenz aus dem Druck von Verfassungsschutz und Justiz seine Selbstaflösung ein. Der Landesverband Rheinlad-Pfalz besteht als eigenständiger Verein weiterhin - mit festem Platz im Verfassungsschutzbericht des Landes.

Das Archiv für neue soziale Bewegungen hat keine Flugblätter oder Plakate zu der Kampagne - wer damit oder mit anderen Materialien "dienen" kann, bitte melden bei buha-archiv@t-online.de